

# Schluss mit Waffenexporten

Aktionsbündnis demonstriert auf dem Römerberg für einen Wandel in der Rüstungspolitik

Von Denis Hubert

Gegen den Waffenexport in Krisengebiete und für eine strengere Rüstungspolitik haben am Samstagmittag etwa 150 Menschen auf dem Römerberg demonstriert. Dazu aufgerufen hatte die Deutsche Sektion der Internationalen Katholischen Friedensbewegung „pax christi“ in Kooperation mit dem Aktionsbündnis „Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“.

Die Kundgebung verlief – den Zielen entsprechend – friedlich. Die Aktivisten hielten Banner mit der Aufschrift „Grenzen öffnen für Menschen. Grenzen schließen für Waffen“ hoch. Auf Schildern hieß es: „Legt den Leo an die Kette“. Damit verwiesen die Teilnehmer auf den sogenannten Kampfpanzer Leopard 2 aus deutscher Produktion. Laut der Aufschrei-Kampagne sollen bis 2018 insgesamt 62 der Panzer nach Katar geliefert werden.

Auf der Bühne vor dem Römerbrunnen spielten Musiker Friedenslieder. „Die Kriegstreiber soll der Teufel holen“, hieß es etwa zur Melodie von „Go West“ von den Pet Shop Boys. Vor dem Gerechtigkeitsbrunnen zersäeten Aktivisten symbolisch Maschinengewehre aus Kunststoff. Auch eine als Friedens-Taube verkleidete Frau lief umher.

## Der deutsche Rüstungsexport ist Beihilfe zum Mord, sagte Aktivist Jürgen Grässlin

Die Kampagne „Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ hatte sich 2011 zur Zeit des sogenannten Arabischen Frühlings gegründet. Mehr als 100 Organisationen aus der Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit, Verbände, kirchliche und gesellschaftliche Gruppen gehören dem Bündnis



Etwa 150 Aktivisten hielten Schilder am Römerberg hoch und hörten Friedenslieder.

RENATE HOYER

an. Schirmherrin ist Margot Käßmann, die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Die Aktivisten kritisieren, dass Deutschland im ersten Halbjahr 2016 zehnmal so viel Munition exportiert habe wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. „Wer Kriegswaffen ausliefert, trägt auch die Verantwortung dafür, dass die Waffen eingesetzt werden“, sagte die Generalsekretärin von „pax christi“, Christine Hoffmann.

Sie verlas eine „Frankfurter Erklärung“. Darin fordert die Kampagne von der Bundesregierung ein Exportverbot von Kriegswaffen und Rüstungsgütern. Die Mit-

streiter wollen erreichen, dass der Waffenhandel Thema im Bundestagswahlkampf wird. Um ein grundsätzliches Rüstungsexportverbot im Grundgesetz zu verankern, hat die Kampagne dem Deutschen Bundestag eine Petition vorgelegt.

Der Frankfurter Stadtverband des Deutschen Gewerkschaftsbunds unterstützt den Aufruf. DGB-Regionsgeschäftsführer Philipp Jacks sagte, dass es gerade in der heutigen Zeit wichtig sei, dass Menschen für eine friedliche Lösung von Konflikten aufstünden. Der Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft, Jürgen Grässlin, griff die Bundesre-

gierung an: „Diese Form des Rüstungsexports ist Beihilfe zum Mord“, sagte er. Grässlin gilt als einer der profiliertesten deutschen Rüstungsgegner.

Nach der Kundgebung auf dem Römerberg zogen die Aktivisten zu einem Friedensgebet in die Alte Nikolaikirche. Begonnen hatte die Aktionskonferenz am Freitag in der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Oberrad. Dort gab es unter dem Motto „Jetzt mal Klartext: Wie reduzieren wir den Rüstungsexport?“ eine Podiumsdiskussion, an der auch der grüne Bundestagsabgeordnete Omid Nouripour teilnahm.